

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Zeitungsgesellschaft, Pulsnitz, Hauptstraße 18. Tel.-Nr.: 1234. Tagesblatt Pulsnitz, Bezirksanzeiger

Wochenblatt, Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenbreite (Woffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Redaktionsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großbränsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von C. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 12

Sonnabend, den 15. Januar 1927

79. Jahrgang

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Wir verzinzen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Amtlicher Teil.

Die Stadtverordneten haben mit Zustimmung des Stadtrates das
Ortsgesetz, die Organisation der öffentlichen Wohlfahrtspflege im Bezirke der Stadt Pulsnitz betr.,
beschlossen. Es ist unterm 7. Januar 1927 von der Beschlußbehörde genehmigt worden und kann im städtischen Wohlfahrtsamt während der geordneten Dienststunden von jedermann eingesehen werden.
Pulsnitz, den 13. Januar 1927. **Rat der Stadt.**

Landwirtschaftliche Schule Pulsnitz.

Anmeldungen von Knaben und Mädchen für den Mitte Oktober dieses Jahres beginnenden neuen Lehrgang sind möglichst bald schriftlich oder mündlich zu bewirken, da die Aufnahme laut ministerieller Verfügung bereits zu Ostern erfolgen muß. Der Unterricht selbst beginnt jedoch auch weiterhin erst Mitte Oktober und endet im September des folgenden Jahres.
Nähere Auskünfte über Unterkunftsmöglichkeiten, Schulgeldermäßigungen usw. durch die Schulleitung.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

In sträflichem Leichtsinne war dem 3jährigen Söhnchen der Eheleute Behn in Bood (Kreis Rindow) von den Eltern ein Revolver zum Spielen überlassen worden. Man glaubte, die Waffe sei entladen. Pöhllich trachte ein Schuß, die Mutter wurde getroffen und so schwer verletzt, daß sie bald nach ihrer Einlieferung in das Stettiner Krankenhaus starb.
Senator Meißelbach, der 90% der deutschen Anspruchsteller im Senatsausschuß vertritt, erklärte vor dem Senatsausschuß, daß er mit der Vorlage über die Freigabe des deutschen Eigentums in der vorliegenden Form einverstanden sei. Daraus ergab sich von selbst, daß ihm die Sicherheitsklausel für die amerikanischen Ansprüche genehm sei.
In großen Teilen Irlands herrschen gegenwärtig schwere Stürme, die außerordentlich großen Sachschaden angerichtet haben. Die Flüsse sind überall über die Ufer getreten. Häuser wurden abgedeckt, sodas mehrere Familien ihre Wohnungen räumen mußten. In der Frischen See hat die Schifffahrt sehr unter dem Wetter zu leiden.
In Bialystok wurde eine Frau verhaftet, die 60 Kinder ermordet und nachher verbrannt hatte. Sie nahm die Kinder in Verpflegung und ließ sich für jedes Kind eine bestimmte Summe zahlen. Die Mütter wurden hinsichtlich der Unterbringung betrogen, indem ihnen gesagt wurde, daß sich die Kinder auf dem Lande befänden.
Wie halbamtlich aus Moskau gemeldet wird, dauern die Schneestürme in Zentralrußland weiter an. Der Schnee liegt teilweise 6 Meter hoch. Umweit Samaras ist ein Personenzug 5 Tage lang stehen geblieben.
Obwohl bisher in ganz Ungarn noch keine einzige Erkrankung an Grippe zu verzeichnen ist, wurde der Abg. und Staatssekretär im Volkswohlfahrtsministerium Dreit zum Grippe-Abwehr-Diktator ernannt.
Nach Meldungen aus Mittelamerika verlangt Sacasca in einer Note an die Washingtoner Regierung die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua. In Washington erklärt man, daß die Befreiung Nicaraguas in wenigen Tagen reiflos durchgeführt sein werde.

Zum neuen Arbeitsschutzgesetz.

Noch im alten Jahre hatte die Reichsregierung den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes an den Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zur beschleunigten Erledigung weitergeleitet. Man hatte ursprünglich die Ergebnisse des Berichtes des Enqueteausschusses über die Arbeitszeit dem Gesetzentwurf zugrunde legen wollen und damit gerechnet, daß er 1929 eingebracht werden sollte. Nun ist aber der Kampf um die Arbeitszeit wieder heftig aufgeflammt. Das vergangene Jahr hatte in vielen Gewerbezweigen trotz der geringen Abnahme der Arbeitslosigkeit dank dem englischen Kohlenstreik und den Fortschritten in Technik und Organisation einen erfreulichen Konjunkturaufschwung gebracht. Die Statistiken weisen darauf hin, daß die Arbeitsleistung pro Kopf der in den Betrieben verbleibenden Arbeiter (besonders im Kohlenbergbau) stark gewachsen ist. Die Gewerkschaften benutzen beide Tatsachen, um eine Lohnerhöhung zu erreichen und sich der Verlängerung der Arbeitszeit zu widersetzen. In dem von ihnen eingebrachten Notgesetz über die Arbeitszeit drängten sie auf möglichst Sicherung des Achtstundentages. Die Spitzenverbände der Unternehmergesellschaft liefen dagegen Sturm — sie verlangen Freiheit in der Verfügung über die Gestaltung der Arbeitszeit —: der Notgesetzentwurf fiel unter den Tisch, und an

Dr. Curtius erster Versuch gescheitert

Das Zentrum lehnt ab — Günstige Entwicklung der Restpunkte-Verhandlungen in Paris

Berlin, 15. Januar. Reichsminister Dr. Curtius berichtete gestern Abend dem Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion an ihn geschaffene Lage und erklärte, daß damit sein Versuch der Bildung einer Mehrheitsregierung unter Zuziehung der Deutschnationalen gescheitert sei. Der Reichspräsident befehligt sich seine weitere Entschlieung vor.

Die Entscheidung des Zentrums — Absage an Dr. Curtius

Berlin, 15. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute nachmittags nach faum einstündiger Sitzung als Niederschlag der Beratungen der Fraktion ein Schreiben an Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gerichtet, in welchem sie die Verhandlungen auf der jetzt eingeschrittenen Grundlage ablehnt.

Nach dem Scheitern von Dr. Curtius.

Berlin, 15. Januar. Da der Reichspräsident Herrn Dr. Curtius erklärt hat, sich seine Entschlieungen über die weitere Behandlung der Regierungsbildung vorbehalten zu wollen, so wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß die neuen Verhandlungen heute vormittag bereits in Gang gebracht wurden. Der Reichspräsident wird im Laufe des Sonnabends verschiedene Parlamentarier, darunter Herrn von Guérard empfangen, um sich mit ihnen über die Möglichkeit weiterer Verhandlungen zu unterhalten. In parlamentarischen Kreisen schließt man aus der Tatsache, daß Dr. Curtius dem Reichspräsidenten bisher seinen Austrag noch nicht zurückgegeben hat, daß die Verhandlungen auch heute von Dr. Curtius weitergeführt werden, um nunmehr eine Regierung auf offener Basis zu bilden, die sich im

wesentlichen auf die Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei, Zentrum, Demokraten und wohl auch auf die Wirtschaftspartei stützen würde. Dieses so gebildete Kabinett würde dann vor den Reichstag treten, um sich für sein Arbeitsprogramm ein Vertrauensvotum zu erbitten. Da dieses Arbeitsprogramm in erster Linie außenpolitische und soziale Fragen umfassen wird, rechnet man in Kreisen der Mittelparteien damit, ein Vertrauensvotum für das Kabinett zu erhalten.

Günstige Entwicklung der Restpunkte-Verhandlungen?

Paris, 15. Januar. Von zuständiger französischer Seite wird mitgeteilt, daß General von Pawelsz und Legationsrat Dr. Forster in der heutigen Nachmittagsitzung des Versailler Militärkomitees schriftliche Vorschläge Deutschlands über die Frage der deutschen Ostbesetzungen vorgelegt hätten. Diese konkreten Vorschläge würden nunmehr durch die Sachverständigen geprüft. In französischen offiziellen Kreisen sei man nach einer vorläufigen Überprüfung der Vorschläge recht optimistisch und man glaube, noch vor dem 31. Januar zu einer zufriedenstellenden Regelung in der Frage der Ostbesetzungen kommen zu können. Es wird an zuständiger Stelle versichert, daß ebenso die heute beim Versailler Komitee von der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin eingetroffenen Informationen über den Stand der dortigen Verhandlungen über die Frage des Kriegsmaterials den Schluß zulassen, daß bereits eine große Zahl der Teilfragen gelöst ist. Man zeigt sich auch hierin optimistisch und ist überhaupt der Ueberzeugung, daß man zu einer baldigen Verständigung über die Gesamtfragen gelangen wird.

seine Stelle trat der Regierungsentwurf. Er soll die Ausführungen des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bringen und kommt den Forderungen der Gewerkschaften entgegen, welche den Massen der Arbeitslosen möglichst regelmäßige Beschäftigung sichern wollen. Hinter diesen Forderungen stehen auch die christlich-nationalen Gewerkschaften. Die Erkenntnis für den Gewinn der Leistungsfähigkeit durch Stärkung der Arbeitsfreude in Verbindung mit maßvoller Begrenzung der Arbeitszeit und maßvoller Lohnenerhöhung gewinnt in den Unternehmerverbänden an Boden und dürfte die Annahme des Gesetzentwurfes im Reichstag erheblich erleichtern.

Nach dem Entwurf ist die Mehrarbeit (über den Achtstundentag hinaus) durch Tarifverträge auf 240 Ueberstunden und 60 Ueberstunden, die dem Arbeitgeber ohne Tarifvertrag zustehen, begrenzt. „Freiwillige“ Mehrarbeit ist verboten. „An-

dere Verteilung“, d. h. Nachholung ausgefallener Arbeitszeit, soll stark eingeschränkt werden.

Der zweite Brennpunkt des Kampfes um den Arbeitsschutz ist die Frage der Sonntagsruhe. Hier dürften erhebliche Schutzbestimmungen gegen die Vermehrung der Sonntagsarbeit eingeführt werden müssen. Die feste Begrenzung des allgemeinen Verlaufs in den offenen Läden auf 10 Ausnahme-Sonntage, die das geltende Recht enthält, darf nicht durchbrochen werden, wie zahlreiche Bestimmungen des Entwurfes vorsehen. Der evangelische Kirchenausschuß hat gegen die Lockerung der Sonntagsruhe und die sittlichen Gefahren, die einer solchen wirtschaftlich nicht notwendigen Ausdehnung der Arbeitszeit entspringen, protestiert.

Im übrigen bedeutet der Entwurf eine Zusammenfassung der Bestimmungen über den Schutz vor Betriebsgefahren und Neuordnung der früher gewerbe-, jetzt arbeitspolizeilichen Aufsichtsbehörden. Dem Beispiel der Gewerbeordnungen fol-

